

# Europa einfach machen! Frieden und Freiheit sichern – in Europa und Nordrhein-Westfalen

Freiheit ist weltweit unter Beschuss. Die abscheulichen Terrorangriffe der Hamas in Israel und der grausame Krieg von Putins Russland gegen die Ukraine zeigen auf traurige Art und Weise, wie verwundbar und kostbar unsere freie, offene Gesellschaft ist. Gerade in einer Welt, die immer unsicherer erscheint, braucht es eine starke Europäische Union, die Frieden und Freiheit verteidigen kann.

Die EU muss Frieden, Freiheit und Wohlstand sichern. Deshalb muss sie sich auf die großen Fragen konzentrieren statt Details zu regulieren. Die EU muss das Leben der Menschen einfacher machen. Wir sind überzeugt, dass Europa unsere Zukunft ist. Nur gemeinsam können wir die großen Herausforderungen angehen.

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas und Europa liegt uns am Herzen. Als Grenzregion und Industriezentrum, als Forschungsstandort und Innovationsplatz profitieren wir tagtäglich von der Europäischen Union. Umso wichtiger, dass wir die Gestaltung der EU in die Hand nehmen. Bei der Europawahl am 9. Juni wollen wir als Freie Demokraten für ein starkes und liberales Europa eintreten. Sorgen wir dafür, dass sich die Freiheit auf Europa verlassen kann!

## 1. Eine selbstbewusste geopolitische Union

Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson. Die Angriffe der Hamas auf Israel verurteilen wir gerade deshalb aufs Schärfste. Die Reaktion der Europäischen Union auf die Angriffe der Hamas kam zu spät, zu unkoordiniert und zu schwach. EU-Gelder an palästinensische Einrichtungen müssen sofort geprüft und gestoppt werden, wenn ein Missbrauch für terroristische Zwecke nicht ausgeschlossen werden kann. Das iranische Mullah-Regime muss als Hauptunterstützer der Hamas EU-Sanktionen zu spüren bekommen und die Revolutionsgarden müssen endlich auf die Terrorliste der EU gesetzt werden. Europas Platz muss unübersehbar an der Seite Israels sein.

Die EU muss der Ukraine in ihrem Kampf gegen die verheerenden Folgen des brutalen russischen Angriffskrieges beistehen. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir die Ukraine humanitär, finanziell, wirtschaftlich und militärisch weiter zu unterstützen. Die Ukraine verteidigt auch unsere Freiheit. In diesem kritischen Stadium des Kriegs setzen wir uns für eine verstärkte militärische Unterstützung ein, indem wir der Ukraine Zugang zu schweren Waffen ermöglichen. Es ist unabdingbar, dass vorhandene Waffensysteme aus der Industrie rasch einsatzbereit gemacht werden können.

Die geopolitischen Herausforderungen nicht nur gegenüber Russland, sondern auch gegenüber China, erfordern eine starke, gemeinsame Stimme der EU in der Außenpolitik. Die Entscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollten nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik muss als EU-Außenminister agieren können, an seiner Seite soll ein EU-Kommissar für Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eingesetzt werden. Freiheit muss weltweit verteidigt werden und sie muss sich dabei auf ein geopolitisch starkes Europa verlassen können.

## 2. Ordnung in der europäischen Migrationspolitik

Ein europäischer Neuanfang in der Migrationspolitik ist überfällig. Deshalb begrüßen wir den Kompromiss im Ministerrat zu einem gemeinsamen europäischen Asylsystem. Zuwanderung muss effektiv gesteuert und irreguläre Migration muss beendet werden, oder bis das erreicht worden ist, sofort drastisch reduziert werden. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform des europäischen Asylsystems ein, das schnellere Verfahren, konsequente Rückführungen und faire Lastenverteilung gewährleistet. Dazu gehören einheitliche Aufnahmestandards, verbesserte Verfahren und ein Solidaritätsmechanismus zwischen den Mitgliedstaaten. Alle Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, sei es durch Aufnahmequoten oder

durch finanzielle Unterstützung. Einheitliche Aufnahmebedingungen sollen Sekundärmigration innerhalb der EU verhindern. Europäische Aufnahmezentren an den Außengrenzen sollen unter hohen humanitären Standards effiziente Asylverfahren und eine Reduktion irregulärer Migration sicherstellen.

In einem Raum ohne Binnengrenzen ist ein effektiver Schutz der Außengrenzen unerlässlich. Die Mitgliedstaaten können dies oft nicht allein leisten. Eine starke europäische Grenzschutzagentur, die sie dabei unterstützt, ist im Interesse aller Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschlands. Wir wollen die EU Grenzschutzagentur Frontex deshalb zügig auf ihre geplante Stärke von 10.000 Beamtinnen und Beamten ausbauen. Dabei sind strukturelle Reformen und erweiterte Kontroll- und Transparenzmechanismen notwendig.

Zeitgleich braucht es qualifizierte und nachhaltige Einwanderung in unseren europäischen Arbeitsmarkt, um dem Fachkräftemangel und dem demografischen Wandel zu begegnen. Mit einem Talentpool nach kanadischem Vorbild und einer verbesserten Blue Card für Fachkräfte mit Arbeitsplatzangebot schaffen wir die Grundlage für einen modernen Einwanderungskontinent Europa.

### **3. Verteidigung unseres Wohlstands durch einen starken Binnenmarkt und einen fairen Handel**

Die Aufgabe des Staates liegt nicht darin, Unternehmen durch Mikromanagement zu bevormunden. Die EU muss endlich wieder die Wirtschaft entfesseln, anstatt ihr immer neue Bürokratie aufzubürden. Die Europäische Union muss als Wirtschaftsstandort wieder attraktiv und wettbewerbsfähig werden. Es braucht mehr Marktwirtschaft, aber weniger Planwirtschaft und Subventionswettläufe. So schaffen wir Wohlstand für alle.

Um Bürokratie konkret zu reduzieren, muss die EU-Kommission sofort eine Regulierungspause einlegen. Außerdem fordern wir eine grundlegende Überprüfung aller EU-Regulierungen mit dem Ziel, mindestens 50 Prozent der Berichtspflichten abzuschaffen. Nach dem „One in, two out“-Prinzip wollen wir auf europäischer Ebene für jede neue regulatorische Maßnahme zwei bestehende Regulierungen abschaffen. Mit einem KMU-Test soll außerdem schon vor Beschluss eines neuen Gesetzes ermittelt werden, ob mittelständische Unternehmen durch die darin vereinbarten Regeln belastet werden. Den Europäischen Kapitalmarkt wollen wir für Kleinanleger attraktiver machen, indem die Doppelbesteuerung von Kapitalerträgen anlegerfreundlich und bürokratiearm gestaltet wird. Rückforderungen von zu viel gezahlten Quellensteuern aus anderen EU-Ländern sollten im Binnenmarkt verhindert, mindestens aber nach einem vereinheitlichten und einfachen Verfahren ohne zusätzliche Kosten für Aktiensparer ablaufen.

In Anlehnung an das vom Justizminister Marco Buschmann auf den Weg gebrachte Bürokratieentlastungsgesetz, wollen wir eine ähnliche Initiative auf europäischer Ebene starten. Vergleichbar zum deutschen Pendant sollen hier Unternehmen und Verbände praxisnah ihre Erfahrungen mit dem Regelwerk der EU einbringen können anstelle von Beamten. Ebenso wollen wir eine Trendwende bei der allgemein überbordenden Fördermittel-Kultur einleiten: Statt Finanzierungen über viele kleine Förderprogramme zu verkomplizieren, setzen wir uns für eine grundlegende Neuverteilung der Mittel zwischen EU, Bund, Ländern und Kommunen ein.

Die Basis eines starken Europas ist ein starker europäischer Binnenmarkt mit seinen Freiheiten. Diese Überzeugung muss wieder Grundprinzip der Europäischen Union werden. Die EU braucht faire Wettbewerbsbedingungen, um sämtliche Hürden im Verkehr von Menschen, Kapital, Waren, Dienstleistungen und Daten abzuschaffen.

Die europäische Wirtschaft ist geschwächt aus der Pandemie hervorgegangen. Zahlreiche Krisen im Anschluss daran haben die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und die makroökonomische Stellung der Europäischen Union im globalen Wettbewerb weiter belastet. Staatliche Eingriffe in die

Privatwirtschaft müssen daher stets angemessen und verhältnismäßig sein, gerade im aktuell rezessiven Marktumfeld. Die geplante Verschärfung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive, auch bekannt als europäisches Lieferkettengesetz, erfüllt diese Prämissen nicht. Im Gegenteil, es führt zu nicht kalkulierbaren Risiken für viele Unternehmen sowie einem massiven Bürokratieaufbau - ein riesiger neuer, zum Teil existenzbedrohender Wettbewerbsnachteil. Wir fordern daher den Stopp dieser CSDDD. Ethische Aspekte wie Menschenrechtsstandards und Umweltschutz sollen stattdessen in wachstumsfreundlichen bi- und multilateralen Handelsabkommen definiert werden.

Die EU muss eine aktivere Handelspolitik verfolgen. Wir fordern daher, dass das fertig verhandelte Mercosur-Abkommen so schnell wie möglich beschlossen und ratifiziert wird. Die abgebrochenen Handelsgespräche mit Australien bedauern wir. Es kann nicht sein, dass die EU selbst mit Australien kein Freihandelsabkommen abschließen kann. Um Abhängigkeiten etwa von China zu reduzieren, müssen dringend neue Handelsabkommen, wie zum Beispiel mit Indien, abgeschlossen werden. Ebenso sollten wieder Gespräche über ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten aufgenommen werden und es braucht zusätzlich ein stärkeres handelspolitisches Engagement in Richtung Afrika.

#### **4. Mit digitalen Innovationen in die Zukunft**

Unternehmergeist, Innovation und Digitalisierung können ihr Potenzial grenzübergreifend noch besser entfalten. „Sonderwirtschaftszonen“ für digitale Gründungen von Unternehmen sollen ohne großen Aufwand grenzüberschreitende Zusammenarbeit ermöglichen. In diesen Digital-Freiheitszonen sollen gleiche Umsatzsteuersätze und Bemessungsgrundlagen für die Körperschaftsteuer gelten. Den Europäischen Innovationsrat als unterstützende Kraft wollen wir in eine richtige EU-Agentur für Sprunginnovationen umwandeln. Der digitale Binnenmarkt muss weiter ausgebaut werden, um Hürden für Online-Transaktionen oder die Fernarbeit aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten abzubauen. Digitale Dienstleistungen müssen ohne Probleme in der ganzen EU angeboten werden können.

Das vorgeschlagene Verbot des „Payment for order flow“ lehnen wir entschieden ab. Es schwächt die Aktienkultur in Europa und beeinträchtigt die Altersvorsorgeoptionen, insbesondere für junge Menschen. Der Vorschlag erschwert mündigen Bürgern den Zugang zum Aktienmarkt, anstatt ihnen die Möglichkeit zur Teilhabe zu geben. Statt auf ein Verbot zu setzen, das die Auswahl für Verbraucherinnen und Verbraucher einschränkt, plädieren wir für Transparenz. Alle Broker müssen ihren Kunden die erhaltenen Rückvergütungen transparent offenlegen.

#### **5. Keine Rabatte auf den Rechtsstaat**

Die europäischen Werte von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaat sind nicht verhandelbar. Alle EU-Mitgliedsstaaten haben sich vertraglich dazu verpflichtet, diese Grundwerte einzuhalten und zu verteidigen. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU diese Werte auch im Inneren verteidigt und entschieden gegen autokratische Tendenzen und Angriffe auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie vorgeht. Falls ein Mitgliedstaat den Rechtsstaat missachtet, müssen EU-Mittel zügig eingefroren werden.

Besonders die rechtskonservativen Regierungen in Polen und Ungarn haben wiederholt fundamentale Regeln zur Gewaltenteilung und Demokratie ignoriert. Sogar Urteile des Europäischen Gerichtshofs wurden von diesen beiden Mitgliedstaaten nicht respektiert. Wir fordern daher, sämtliche verfügbaren Instrumente konsequent einzusetzen und bei schweren Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit eine Kürzung von EU-Fördermitteln umzusetzen. Wer sich nicht an die rechtlichen Grundprinzipien der EU hält, sollte nicht von der EU profitieren dürfen.

#### **6. Liberale Bürgerrechte als Basis einer vielfältigen Gesellschaft**

Mit Vorschlägen wie der Chatkontrolle hat die Europäische Kommission unter der CDU-Politikerin Ursula von der Leyen der digitalen Privatsphäre den Kampf angesagt. Die flächendeckende

Überwachung sämtlicher Chats, Nachrichten und E-Mails unbescholtener Bürgerinnen und Bürger stellt diese permanent unter Generalverdacht. Deshalb lehnen wir die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Chatkontrolle mit aller Deutlichkeit ab. Auch bei der Regulierung der künstlichen Intelligenz erteilen wir konservativen Überwachungsfantasien eine klare Absage – genauso wie linker Überregulierung.

Als Liberale streiten wir auch in Europa für die offene Gesellschaft. Jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, sei es rassistischer, antisemitischer oder gegen Religion, Geschlecht, geschlechtliche Identität oder sexuelle Orientierung gerichteter Natur, muss auf allen Ebenen entschieden bekämpft werden.

## **7. Klimaschutz mit Marktwirtschaft**

Um die Klimaziele zu erreichen, setzen wir auf den europäischen Emissionshandel und Technologieoffenheit. Der Emissionshandel stellt das wirksamste und effizienteste Instrument im Klimaschutz dar, da er einen CO<sub>2</sub>-Deckel festlegt, aber den Weg dem technologischen Fortschritt und Marktmechanismen überlässt. Die von der Leyen-Kommission allerdings hat bei ihrem Green Deal zu sehr auf kleinteilige Vorschriften wie das Verbrennerverbot oder eine EU-Gebäuderichtlinie gesetzt. Dies sind teure Doppelregulierungen, die wir Freie Demokraten ablehnen.

Innovation und Technologieoffenheit müssen Leitlinie in den Debatten der Europäischen Union werden. Es ist an der Zeit, dass Europa nicht nur die Risiken neuer Entwicklungen im Auge behält, sondern auch die Chancen erkennt. Wir sollten neuen Ideen mehr Raum geben. Eine verstärkte Förderung von Forschung und Entwicklung werden unser Lösungspotenzial gegenüber dem Klimawandel stärken. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, das Innovationsprinzip als festen Bestandteil aller legislativen Vorhaben der EU zu etablieren. Wir sind überzeugt, dass der Markt das Klima effizienter schützen kann, als es die EU und staatliches Handeln es vermag.

## **8. Europa als Chancenkontinent der Bildung**

Erasmus+ ist das wohl bekannteste und erfolgreichste EU-Programm aller Zeiten. Millionen von Studierenden, Schülerinnen und Schülern und Auszubildenden haben bereits mit ihrer Erasmus+-Erfahrung Europa wahrhaftig erleben dürfen. Deshalb wollen wir die Mittel für Erasmus+ weiterhin erhöhen. Wir wollen eine Online-Plattform zu schaffen, um Betriebe, Berufsschulen und Auszubildende besser zu vernetzen und somit Auslandsaufenthalte für Auszubildende zu erleichtern. Und auch Schülerinnen und Schüler sollen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im Ausland verbringen können.

Europa kann ein Chancenkontinent werden – und gerade bei hoher Arbeitslosigkeit der jungen Generation in Südeuropa und dem Fachkräftemangel in Nordeuropa müssen wir tätig werden. Bildung, Austausch und Sprachkenntnisse sind für uns Grundlage für Aufstieg und somit elementare Voraussetzung für Chancengerechtigkeit. Deshalb ist uns wichtig, dass der europäische Bildungsraum allen jungen Menschen offen steht und wir somit eine neue Grundfreiheit der Bildung in der EU schaffen.

Wir setzen uns aus diesem Grund für eine Harmonisierung und Standardisierung der Anerkennungsverfahren für alle Bildungsabschlüsse innerhalb der EU ein. Konkret schlagen wir hierfür die Schaffung eines internationalen Anerkennungsrahmens nach dem Vorbild des Bachelor- und Mastersystems vor. Das European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) soll dabei als objektiver Maßstab dienen. Berufsausbildungen werden dadurch fortan mit ECTS-Punkten versehen, um die Vergleichbarkeit zu erleichtern. Hierdurch wird nicht mehr nur allein auf die Dauer der Ausbildung geachtet, sondern auch auf die erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen. Das Diploma Supplement schafft zusätzlich mehr Transparenz. Außerdem soll langfristig eine Klassifizierung von außereuropäischen Bildungsabschlüssen vorgenommen werden, um qualifizierte Einwanderung reibungslos zu gewährleisten.

## 9. Stabile Finanzen als Fundament wirtschaftlichen Erfolgs

Solide Finanzen sind die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der Europäischen Union. Mit uns wird es keine weitere Einführung von EU-Sonderfonds auf Schuldenbasis geben, die den Weg in eine Schuldenunion bedeuten würden. Bei den Haushaltsausgaben müssen Zukunftsinvestitionen im Fokus liegen. Das wollen wir durch Umschichtungen von ungenutzten Mitteln im Haushalt erreichen, ohne das Haushaltsvolumen insgesamt zu erhöhen. Geld kann die EU auch einsparen, indem die überflüssige Pendelei des Europäischen Parlaments zwischen Brüssel und Straßburg beendet wird. Das Europäische Parlament sollte in Zukunft nur noch in Brüssel tagen.

Bankencrash, Corona-Krise, Invasion der Ukraine: Externe Krisen haben immer wieder deutlich gezeigt, dass die Probleme des Geldsystems im Euro-Raum potenziert werden. Die aktuelle Geldpolitik führt zu stetiger Enteignung durch die Hintertür. Ein wesentlicher hierfür ist das Handeln der Europäischen Zentralbank in den vergangenen Jahren, welches sich längst vom Ziel der Preisniveaustabilität entfernt hat. Unser zentrales Anliegen ist daher, die EZB zu reformieren. Eine solche Reform beinhaltet zwingend die Rückkehr zum vorrangigen Ziel der Preisniveaustabilität und die Abkehr von der andauernden Politisierung jeglicher Entscheidungen der Zentralbank. Auch die Nationalstaaten haben die Unabhängigkeit der Zentralbank zu respektieren - die mittelbare Staatsfinanzierung muss ein Ende finden. Daher müssen die europäischen Verträge dahingehend überarbeitet werden, dass künftig ausgeschlossen wird, dass die EZB nationale Volkswirtschaften einseitig durch geldpolitische Maßnahmen subventioniert. Dafür soll das sekundäre Ziel der EZB aus dem AEUV gestrichen werden. Um die Zielschärfe der Preisniveaustabilität zu erhöhen, fordern wir, dass die historische und zukünftige Vermögenspreisinflation (insbesondere Wohnkosten) bei der Geldpolitik der EZB berücksichtigt wird.

Auch die Mobilisierung von privatem Kapital muss endlich wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Durch mehr Planungssicherheit, schnellere Genehmigungszeiten und einen besseren europäischen Kapitalmarkt können wir in die Zukunft investieren, ohne dafür staatliche Mittel mobilisieren zu müssen. Bei der Reform der europäischen Fiskalregeln müssen nachhaltige Staatsfinanzen und ein glaubwürdiger Schuldenabbau in hochverschuldeten Mitgliedstaaten im Vordergrund stehen.

## 10. NRW im Herzen Europas

NRW ist eng mit anderen europäischen Staaten verbunden. Gerade in den Grenzregionen wird die Bedeutung der Europäischen Union im Alltag deutlich. Die offenen Grenzen machen das Leben der Menschen einfacher, schaffen mehr Chancen bei der Schulwahl oder beim Arbeitsplatz. Als Industrie- und Exportland profitieren nordrhein-westfälische Unternehmen enorm vom europäischen Binnenmarkt. In der Innen- und Sicherheitspolitik können wir grenzübergreifend Kriminalität bekämpfen. Dazu wollen wir die europäische Polizeizusammenarbeit weiter stärken durch eine Reform von Europol hin zu einem Europäischen Kriminalamt.

Ein gelebtes Europa drückt sich auch und besonders im „Kleinen Grenzverkehr“ aus, bei der der Alltag an räumlicher Nähe, nicht an Grenzen ausgerichtet ist. Dieser gelebten Realität muss viel stärker auch organisatorisch entsprochen werden. Das Bildungs- und Gesundheitswesen muss der Lebensrealität der Menschen näherkommen und über die Grenze hinaus Zugang bieten. Bürgerinnen und Bürger sollen öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Kitas, Schulen und Hochschulen ohne bürokratische Hindernisse nutzen können.

Schul-, Ausbildungs- und Studienabschlüsse, die zum Beispiel in Belgien oder den Niederlanden erworben wurden, müssen in Deutschland standardisiert und ohne bürokratisches Verfahren anerkannt werden. Sinnvoll sind auch Ausbildungsverbünde und eine eng verzahnte Arbeitsvermittlung.

Nur mit starken Freien Demokraten im nächsten Europäischen Parlament werden wir diese Ziele erreichen können. Wir wollen Europa einfach machen! Damit wir die Chancen der europäischen Einigung weiter

nutzen können. Für eine liberale EU und ein starkes Nordrhein-Westfalen.